Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 187 (2021)

Heft: 4

Artikel: Bundeswehr : wohin?

Autor: Kopp, Wolfgang

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-917158

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Bundeswehr – wohin?

Der Generalinspekteur sieht wegen der enorm hohen Kosten für die Bekämpfung der Pandemie seine militärische Zielsetzung und die der NATO gefährdet.[1] Bis 2032 sollte der deutsche Beitrag zur NATO und damit zur Bündnisverteidigung drei voll ausgestattete Divisionen sowie angemessene Beiträge von Luftwaffe und Marine betragen. Nun kann man generell bezweifeln, ob die sich abzeichnende schwarz-grüne Koalition die erforderlichen finanziellen Mittel dafür bereitstellen würde und insofern die Zielsetzung nicht nach unten hätte korrigiert werden müssen.

Wolfgang Kopp

Es bleibt aber generell die seit Jahrzehnten offene Frage zu beantworten, wofür NATO und Bundeswehr gut sind und wofür sie stehen. Das gilt besonders für die Bundeswehr, die sich seit ihrer Gründung mit gesellschaftlichem Gegenwind konfrontiert sieht. Dieser hat über die Zeitachse, vor allem seit der 68er-Bewegung eher zugenommen und sich seit 1990 noch verstärkt.

Von daher ist die Frage berechtigt, wozu wir die Bundeswehr brauchen und wenn, von woher sie zu denken und zu konzipieren ist. Ist sie vom Krieg her zu konzipieren oder steht die Erhaltung des Friedens im Vordergrund, oder gar die Beschränkung auf Wiederaufbau, Ausbildung und sanitätsdienstliche Unterstützung? Dieser Beitrag hat vor allem das Heer im Blick.

Die NATO erwartet einen nennenswerten deutschen Beitrag zur Bündnisverteidigung. Sie erwartet ferner deutsche Beiträge zu sogenannten Friedensmissionen. Letztere können aber auch von zufälligen Koalitionen Williger getragen werden. Deutschland gerät dabei hinsichtlich eines militärischen Beitrags immer dann unter besonderen Druck, wenn dieser von Vorzugspartnern, wie den USA oder Frankreich, erwartet wird. Diese Erwartungshaltung hat uns nach Afghanistan und Mali geführt.

Die Politik in Deutschland läuft sicherheitspolitisch dem Mainstream gesellschaftlicher Meinung hinterher, statt ihn von vorne zu gestalten. Von vorne gestalten kann unbequem werden, wie sich am Beispiel des Nachrüstungsbeschlusses zeigt.

Spätestens seit der Ära Kohl, und besonders seit 2005, dem Beginn der Ära Merkel, ist strategisches Denken nicht gefragt. Strucks Ansatz, dass Deutschlands Sicherheit auch am Hindukusch verteidigt würde, ist ein netter Versuch, mehr nicht.

Die zwischen 1990 und 2010 erfolgten zahlreichen Strukturanpassungen und -änderungen zeigen, dass man keine strategische Idee und damit keine Vorstellung hat, wie die Streitkräfte aussehen sollen. Diese Änderungen entsprachen dem Gedanken der Friedensdividende, also von Sparmassnahmen.

«Die NATO erwartet einen nennenswerten deutschen Beitrag zur Bündnisverteidigung.»

Da Deutschland keine sicherheitspolitische Strategie[2] hat und Sicherheitspolitik eher in der Rolle als Zivilmacht[3,4] bzw. Friedensmacht[5,6] denkt, kann man militärische Einsätze nicht so gestalten, dass es aus militärischer Sicht Sinn macht. Man versucht, durch nationale restriktive Auflagen Kampfhandlungen zu vermeiden. Dies führt dazu, dass den deutschen Soldaten, auch international, eher die Aufgaben des Brunnenbohrens und des Gummibärchenverteilens, der logistischen und sanitätsdienstlichen Unterstützung und weniger des kämpfen Könnens zugeordnet werden.

Gerade, wenn es um den Kampf geht, wird die deutsche politische Zurückhaltung deutlich. Von daher stellt sich die Frage, was die Bundeswehr eigentlich für ein Instrument sein soll. Dies wird verstärkt durch Zweifel, ob es eine gesellschaftliche Mehrheit für die Verteidigung an den Bündnisgrenzen geben wird und wie die Politik dieser fehlenden Mehrheit begegnen will. Gegenwärtig ist diese Bereitschaft nicht zu sehen.

Wer bedroht uns?

Immer wieder wird Russland als die Bedrohung dargestellt. Russland ist eine Militärmacht, aber eben nur eine Militärmacht. Russland kann sich vor allem auf wirtschaftlichem Gebiet nicht mit den USA oder der EU messen.

Militärische Macht ist aber nur ein Baustein der strategischen Möglichkeiten. Gerne wird die Bedrohung aus der Ukrainekrise abgeleitet. Genau diese Krise zeigt aber die strategische Dimension. Während der Westen wirtschaftlich präsent war, wie das Engagement unter anderem von Biden jr. im Konzern Burishma zeigt, konnte Russland nur auf eine Weise reagieren: militärisch. Die militärische Schwäche der EU und die fehlende Bereitschaft der USA, wegen der Krim einen Krieg zu riskieren, waren wichtige Faktoren. Die russische Beurteilung der Lage hat folglich gestimmt. Das insgesamt eher ungeschickte Vorgehen des Westens in der Ukrainefrage war hilfreich.

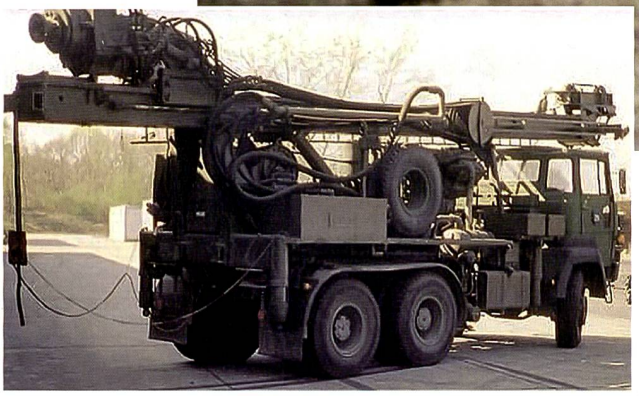
Russland hat damals gezeigt, dass es mehr sein will und auch mehr ist, als eine regionale Macht. Wenn aber Russland eine Bedrohung für Europa ist, so fragt man sich, wo die Rüstungsanstrengungen der europäischen Mächte bleiben.

Frankreich, Grossbritannien und besonders Deutschland verstecken sich hinter den USA, deren Streitkräfte in Europa die Korsettstange der Abschreckung sind. Weshalb ist die Bundeswehr in einem Zustand, der sie konventionell nicht zur Beteiligung an der Bündnisverteidigung befähigt? Ist die Bedrohung durch Russland dann doch nicht so gross? Es ist bedauerlich, dass Russland nicht enger an die

NATO gebunden wurde, als Anfang des Jahrtausends die Chance dazu bestand. Man hätte mindestens den Versuch unternehmen müssen.

China geht einen anderen, den indirekten Weg.[7] China nutzt seine Wirtschaftsmacht, besonders seine finanziellen Fähigkeiten, um die Weltmacht Nr. 1 zu werden. Dies zeigt das Projekt der Neuen Seidenstrasse ganz deutlich. Schon heute sind die wirtschaftlichen Verflechtungen Europas mit China untrennbar. Sicherheitspolitisch stellt sich auch die Frage, wer erfolgreicher beim Export gesellschaftlicher Modelle ist. Das geschlossene chinesische Modell scheint aber derzeit erfolgreicher zu sein.

Die eigentliche Bedrohung durch China ist also auch militärisch, vor allem im pazifischen Raum. Sie ist indirekter, ja lautloser, in Europa. Auf diese indirekte Bedrohung kann militärisch nicht reagiert werden. Es bedarf einer Strategie, die gegenwärtig mit Blick auf Europa nicht zu sehen ist.



Die Bundeswehr kann nicht nur Sanitätsdienst, Logistik und humanitäre Hilfe (Brunnenbohren). Bilder: Bundeswehr / Panzerbaer.de

Die Bundeswehr

Die Gesellschaft ist von den Erfahrungen des Dritten Reichs und des Zweiten Weltkriegs geprägt. Die Umerziehungsmassnahmen der damaligen Alliierten nach dem Krieg wirkten. Dies mündete in die Debatte um die Wiederbewaffnung und erst recht die Bewegung, welche die sogenannte 68er-Generation eingeleitet hat. Die Gespaltenheit der gesellschaftlichen Meinung hat die Bundeswehr seither begleitet. Sie ist bei besonderen Anlässen immer wieder deutlich geworden, wie sich in der Diskussion um die Nachrüstung, aber auch in der Frage der Auslandseinsätze zeigt.

Bis in die jüngste Zeit ist sichtbar, wie schwer Kampfeinsätze der Mehrheit zu vermitteln sind. Es darf daher nicht verwundern, dass selbst die Bündnisverteidigung weniger Zustimmung findet als Brunnen bohren und Unterstützungsmassnahmen im Sinne eines bewaffneten THW.[8] Das jedoch ist nicht die vorrangige Aufgabe der Streitkräfte.

Man kann sagen, dass der Zweite Weltkrieg insofern bis heute deutliche Spuren hinterlassen hat, und die Massnahmen zur Demilitarisierung der Bevölkerung nach dem Krieg durchaus erfolgreich waren. Es kommt hinzu, dass sich die Bundesrepublik der Ära Merkel als Zivilmacht versteht. Merkel und ihre politischen Zöglinge haben keinen Zugang zu der Bundeswehr als Streitkraft und können mit der Anwendung militärischer Gewalt auch dann nichts anfangen, wenn es aufgrund der Lage in den Einsatzgebieten geboten wäre. Dies zeigen besonders deutlich die Vorgaben und die zögerliche Veränderung der Taschenkarten. Diese enthalten, jenseits der internationalen Vereinbarungen, die nationalen Beschränkungen. Diese wiederum waren schon der Lage im Kosovo und erst recht nicht der in Afghanistan angemessen.[9]

Deutschland als Friedensmacht ist mehrheitsfähig, Landesverteidigung möglicherweise auch. Sanitätsdienstliche Unterstützung und humanitäre Hilfe in Auslandseinsätzen finden Zustimmung, der Einsatz der Bundeswehr als Streitkraft und die Anwendung militärischer Gewalt eher nicht.

Bundeswehr = Logistik und Sanitätsdienst?

Das jedoch würde das Gewicht und die politische Mitbestimmung im Bündnis und innerhalb der EU deutlich mindern. Also gilt es, die Fähigkeiten und die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wiederherzustellen. Ob sich auch die gesellschaftliche Einstellung zu Kampfeinsätzen ändern wird, muss bezweifelt werden.

Die Rückkehr der Bundeswehr zur vollen Einsatzbereitschaft für Bündnis- und Landesverteidigung ist zwar richtig, aber auf der Zeitachse eher zu lang terminiert. Auch da zeigt sich der politische (Un)wille, weil sich das Problem in die folgenden Legislaturperioden verschiebt.

Heute steht die Struktur des Heeres im Spagat. Sie unterliegt einerseits den Einflüssen vor allem aus dem Afghanistankonflikt. Die sogenannte Afghanistan-Blaupause als Konzept für die Struktur des Heeres war falsch, weil untauglich. Der Glaube, auf Spezialkräfte und Stosstruppartige Operationen zu setzen und die Struktur danach ausrichten zu können, mag für Afghanistan taugen, für die Bündnisverteidigung reicht das nicht. Für die Bündnisverteidigung sind voll einsatzbereite Grossverbände erforderlich. Zwei mechanisierte Divisionen sollten ausreichen. Deren Umfang wäre angesichts der Parameter Geld, Material und Personal zu entscheiden.

Andererseits sind immer noch deutlich die Einflüsse des Denkens aus der Zeit

Die Rückkehr der Bundeswehr zur vollen Einsatzbereitschaft ist notwendig.

des Kalten Krieges erkennbar. Heute muss auch danach gefragt werden, welche Rolle Multinationalität und gesamteuropäische Vorstellungen in der gegenwärtigen Struktur spielen, und wie sie sich auswirken könnten. Auf der Korpsebene hat heute die Multinationalität Einzug gehalten, wie dies unter anderem in Münster, Strassburg und Stettin sichtbar ist.

Multinationale Korpsstäbe führen keine Truppen mehr. Sie sind also den Alltagsbetrieb mit einem nachgeordneten Bereich nicht gewohnt. Truppen werden erst im Krisenfall zugeordnet. Daraus ergeben sich Probleme in der Abstimmung und der Zusammenarbeit. Die Korpsstäbe haben riesige Dimensionen, die ihren Einsatz unter kriegsmässigen Bedingungen eher erschweren. Dahinter stecken nicht nur militärische Überlegungen. Ziel muss es sein, diese Stäbe im Umfang erheblich zu reduzieren, um sie einsatzfähig zu machen.

Multinationalität

Multinationalität hat sich dagegen auf dieser Ebene bewährt. Die Zusammenarbeit in den Stäben mit Englisch als operativer NATO-Sprache ist gut. Das nationale Korps der Vergangenheit ist Geschichte. Die mittlerweile im Umfang ebenfalls riesigen Divisionsstäbe sind unbeweglich und nicht kriegstauglich. Sie müssen dringend und nachhaltig im Umfang drastisch verringert, gehärtet und damit kriegstauglicher gemacht werden mit dem Ziel, ihre Ausdehnung und damit die Zielfläche zu verringern. Angesichts moderner Kommunikationsmittel ist dies möglich.

Ferner müssen die Divisionsstäbe «multinationalisiert» werden. Auch ist die feste Zuordnung von Brigaden und Divisionstruppen zwingend. Der Vorteil ist dann neben einem funktionierenden Hauptquartier auch ein geschlossen funktionierender und eingeübter Grossverband.

Die schweren Brigaden der Bundeswehr sind Bausteine der 50er-Jahre, sie sind aber angesichts moderner Bedrohungen kaum operativ zu bewegen. Sie entsprechen nicht mehr den Grundsätzen von Auflockerung und Zusammenfassung. Bis heute wurde auf die Ausformung neuer und kleinerer Brigaden, deren Anzahl als operative Elemente entsprechend erhöht werden könnte, kein Schwerpunkt gelegt.

Der Umfang der Brigaden und die Zusammensetzung der Truppenteile innerhalb dieser Grossverbände gehören auf den Prüfstand, gerade auch unter dem Aspekt der Automatisierung und neuer Elemente, wie z.B. der Gefahr durch Drohnen. Ähnliches gilt für die Ebenen unterhalb der Brigadeebene.

Fähigkeiten und Strukturen wurden aufgegeben, wie zum Beispiel die Heeresflugabwehr. Die komplette Auflösung dieser Truppe ist und bleibt ein Fehler, umso mehr, als diese Lücke bisher nicht geschlossen ist. Andere Aufgaben wurden in den zivilen Bereich ausgelagert oder in der Streitkräftebasis zentralisiert. Auch die strukturelle Ausprägung Luftbeweglichkeit im Heer muss hinterfragt werden. Dabei sind Zweifel angebracht, ob es eines Regiments der Fallschirmjägertruppe bedarf.

Verteidigung

Wenn aber Bündnisverteidigung an der ostwärtigen Grenze des Bündnisgebietes stattfindet, ergibt sich die Frage, was dann Landesverteidigung ist, denn Deutschland ist dann quasi Verbindungszone. In Deutschland als Verbindungszone ist der nationale territoriale Befehlshaber für die Erfüllung der militärischen Aufgaben zuständig. Für den Schutz der Zivilbevölkerung und andere hoheitliche Aufgaben tragen Bund, Länder und Kommunen die Verantwortung.

Die hoheitlichen Aufgaben sind nationale Angelegenheit. Trotzdem sind die Aufgaben grösstenteils multinational, weil sie grenzüberschreitend wahrzunehmen sind. Dies gilt besonders für die Aufgaben zur Sicherstellung von Bewegungen im weitesten Sinn.

In der Verbindungszone ist nicht mehr das gesamte Spektrum der Aufgaben der Landesverteidigung zu erfüllen, wie das zur Zeit der Vorneverteidigung war. Auch die Anwesenheit verbündeter Truppenteile, die militärische Aufgaben übernehmen können, ist eher unwahrscheinlich beziehungsweise die Ausnahme. Trotzdem können alle militärischen Operationen zwar nicht in der vormaligen Dichte, sondern eher regional anfallen. Wo dies sein wird, kann nicht beurteilt werden. Daher

ist die Vorsorge flächendeckend notwendig. Militärische Aufgaben, die anfallen können, sind Raum- und Objektschutz, Sicherstellen von Bewegungen, Schutz von Verbindungslinien und Aufgaben im Rahmen der Mittlerfunktion dort, wo die Zuständigkeit bei zivilen Stellen liegt. Die subsidiären Aufgaben, unter anderem zum Schutz der Zivilbevölkerung, bleiben erhalten.

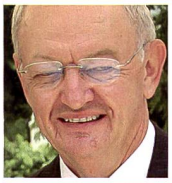
Deutschland ist noch ausreichend aufgestellt. Seine territorialen Stäbe sind landesweit disloziert. Die Verbindungskommandos auf Kreisebene sind vor Ort rasch verfügbar und können die Mittlerfunktion wahrnehmen. Lediglich der Objektschutz ist, nicht zuletzt wegen Fragen der Zuständigkeit zwischen Bundeswehr und Polizei, nicht geregelt. Die Polizei wird aber mit dem Objektschutz gerade im Falle der Verbindungszone völlig überfordert sein. Die Reservisten der Bundeswehr könnten Aufgaben übernehmen. Dazu wäre die Idee der früheren Heimatschutzkompanien neu zu beleben. Leider wird die Bedeutung nationaler Vorsorge bei weitem unterschätzt, vor allem in Deutschland.

Fazit

Deutschland wird auch weiterhin mit der Zwei-Prozent-Frage konfrontiert werden. In der Tat ist unser Beitrag zur Bündnisverteidigung sehr verbesserungsbedürftig. Dazu bedarf es einer neuen Struktur der Bundeswehr. In der Bündnisverteidigung an Grenzen des Bündnisgebietes muss Deutschland einen nennenswerten Beitrag leisten. Zwei Divisionen, deren Umfang neu zu definieren wäre, erscheinen leistbar. Die detaillierte Gliederung der Truppenteile muss neu geordnet werden. Das gilt vor allem für die dicken Stäbe, die vom Umfang her schnell ausschaltbar und daher nicht kriegsfähig sind. Wichtig ist dabei, dass die dem Bündnis zugesagten Truppen ohne Einschränkung einsatzbereit sind. Das gilt nicht nur für Struktur und Material, sondern vor allem auch für die Ausbildung bis hin zur Bevorratung. Auch dem Objektschutz ist im Bereich der militärischen territorialen Aufgaben mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

Insgesamt kann angenommen werden, dass die Erkenntnisse aus der Pandemie das Bewusstsein zur Sicherheitsvorsorge nicht nur im medizinischen Bereich verbessern werden. Fraglich bleibt aber, ob die Bundeswehr das nötige politische Interesse findet und vor allem die finanziellen Mittel zur Wiederherstellung der Einsatzbereitschaft bis 2032 erhalten wird. ■

1 03.01.21 «Welt am Sonntag»
2 s. Klaus Naumann «Der blinde Spiegel» S.120
3 Naumann ebda. S.64 ff
4 Koalitionsvertrag CDU/CSU mit FDP 2009, bes. S.7 f, S.111 und S.119 ff
5 Vgl. Christian Hacke in Aussenpolitik und Zeitgeschichte (APUZ 39/2011
6 s. auch Christian Hacke «Zivilmacht ohne Zivilcourage?» in www.kas.de/documents
7 s. auch Clive Hamilton/Mareike Ohlberg «Die lautlose Eroberung» ISBN 978-3-421-04863-9
8 s. ZMSBw «Sicherheits- und verteidigungspolitisches Meinungsbild der BR Deutschland 2019»
9 Naumann ebda. S.65, bes. S.43 f und 50



Brigadegeneral a D
Wolfgang Kopp
D-72488 Sigmaringen

Foto: Sina Guntern VBS/DDPS

Safran Vectronix produziert am Standort Heerbrugg
die neue Generation WBG und RLV für die Schweizer Armee.
Mehr Informationen auf **www.safran-vectronix.ch**

Safran Vectronix AG
Heerbrugg, Schweiz

SAFRAN